

vestitionen im ersten Quartal 1998 noch bei stattlichen 9,7% gegenüber dem Vorjahresquartal gelegen hatte, betrug er in den ersten vier Monaten dieses Jahres gegenüber demselben Vorjahreszeitraum nur noch mager 0,07%. Bereits im vergangenen Jahr hatte die VR China bei den Investitionszusagen einen Rückgang von 24% gegenüber 1996 zu verzeichnen. Den erneuten Einbruch im April dieses Jahres nahmen viele Ökonomen mit Überraschung und Besorgnis zur Kenntnis. Nach Meinung einiger Experten herrscht zur Zeit große Unsicherheit über die weitere Entwicklung der Auslandsinvestitionen. Regierungsvertreter in Beijing sehen die Ursache für die momentane Entwicklung bei den realisierten Direktinvestitionen in der asiatischen Finanz- und Währungskrise. Zeitgleich zu dem kräftigen Wachstumsrückgang bei den realisierten Investitionen verzeichneten die vertraglich vereinbarten Auslandsinvestitionen einen Wachstumsschub in den ersten vier Monaten dieses Jahres. Nach Angaben eines Vertreters des Außenhandelsministeriums in Beijing stiegen die vertraglich vereinbarten Investitionen im Zeitraum Januar-April 1998 mit 12,24% stärker als von offizieller Seite erwartet. Das Wachstum der vertraglich vereinbarten Direktinvestitionen stellt einen wichtigen Indikator für die zukünftige Entwicklung ausländischer Investitionen dar. (NfA, 15.05.98; SCMP, 14.05.98)

Obwohl der Anteil der Direktinvestitionen am gesamten Investitionsvolumen nur ca. 10% beträgt, sind die Auslandsinvestitionen vor allem für Chinas Technologiebranche und die Entwicklung von Chinas Management-Know-how wichtig. Insofern kann ein Rückgang der ausländischen Investitionen das wirtschaftliche Wachstum Chinas mittel- bis langfristig erheblich beeinträchtigen. Dementsprechend ist die Regierung in Beijing bemüht, das Investitionsklima für ausländische Investoren durch Steuererleichterungen und zusätzliche Anreize zu verbessern. Außerdem sollen ausländische Investoren verstärkt in die noch weniger entwickelten westlichen Regionen Chinas gelockt werden. (NfA, 15.05.98; XNA, 18.05.98)

Eine bereits im vergangenen Jahr abgehaltene nationale Konferenz zu Chinas Direktinvestitionspolitik bekräftigte die Bedeutung ausländischer Investitionen für Chinas Entwicklung. Die Befürworter einer investitionsfreundlichen Politik überstimmten dabei deutlich die kritischen Stimmen.

Nach Aussagen des Außenhandelsministers Shi Guangsheng beabsichtigt die Regierung, die in einigen Branchen und Regionen geltenden Restriktionen für ausländische Investitionen schon in Kürze zu reduzieren. Insbesondere in den zentral- und westchinesischen Regionen will die Regierung eine Vielzahl von neuen Projekten in den Bereichen Landwirtschaft, künstliche Bewässerung, Energie- und Rohstoffgewinnung sowie Umweltschutz initiieren, die sie mit Hilfe ausländischer Investoren realisieren möchte. Außerdem sollen die regionalen Genehmigungskompetenzen für ausländische Investitionsprojekte in den noch weniger entwickelten Regionen Zentral- und Westchinas erweitert werden. (XNA, 04.05.98 u. 18.05.98)

Trotz dieser Ankündigungen bleibt es angesichts der anhaltenden asiatischen Finanz- und Währungskrise fraglich, ob die VR China ihr kontinuierliches Direktinvestitionswachstum auch in diesem Jahr fortsetzen kann. Da die überwiegende Mehrheit der ausländischen Investoren in China aus den von der Finanzkrise mehr oder weniger gebeutelten ost- und südostasiatischen Nationen entstammt, ist es nicht möglich, zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine eindeutige Aussage über die kurz- und mittelfristige Entwicklung der Direktinvestitionen in China zu treffen. Nach einer Äußerung der Generaldirektorin der für Direktinvestitionen zuständigen Abteilung des Außenhandelsministeriums, Ma Xiuhong, ist bislang nicht absehbar, ob das Festland sein Wachstum bei den Direktinvestitionen fortsetzen kann. Für möglich hält sie sowohl ein Stagnieren als auch einen Rückgang. (SCMP, 14.05.98) -ho-

## 20 Asienkrise wirkt sich auf Tourismus aus

Nach vorläufigen Schätzungen wird das diesjährige Wachstum bei der Zahl ausländischer Touristen, die die VR China besuchen werden, mit unter 5% deutlich geringer ausfallen als in den vorangegangenen Jahren. In den zurückliegenden fünf Jahren hatte das jährliche Wachstum der Anzahl ausländischer Besucher mit jeweils mehr als 10% durchweg zweistellige Werte erreicht. Der massive Wachstumsrückgang wird allgemein als Folge der asiatischen Finanzkrise gesehen. Die Mehrheit der ausländischen Touristen in China entstammt bislang den nun von der Finanzkrise gebeutelten ost- und südostasiatischen Ländern. Japan stellt bislang den größten Anteil

der ausländischen Touristen in China. Yang Wenzhen, ein führender Mitarbeiter der staatlichen China National Tourism Administration, forderte in diesem Zusammenhang eine Überarbeitung der Marketingstrategien in Chinas Tourismusgewerbe, um neue Kundenstämme auf dem weltweiten Tourismusmarkt gewinnen zu können.

Besonders interessant sind für Chinas Tourismusindustrie taiwanische und russische Urlauber. Beide Länder enthalten nach Meinung von Chinas Tourismusindustrie als „emerging markets“ noch erhebliches Wachstumspotential. 1997 besuchten mehr als 2 Mio. Taiwanesen und ca. 800.000 Russen die VR China. Die chinesische Tourismusindustrie erwartet bei einer weiteren Verbesserung des Lebensstandards in Rußland eine deutliche Steigerung der Anzahl russischer Touristen. 1997 besuchten insgesamt 7,43 Mio. ausländische Touristen die VR China. (XNA, 16.05.98)

Umgekehrt wird sich nach einem Bericht der World Tourism Organization die VR China bis zum Jahr 2020 zum viertgrößten Markt für Auslandsreisen entwickeln. Bereits in den zurückliegenden Jahren hat sich die Zahl der Chinesen aus der Volksrepublik, die Reisen ins Ausland unternahmen, erheblich vergrößert. Reisten 1992 noch 2,8 Mio. Bürger der VR ins Ausland, so hatte sich diese Zahl bis 1997 bereits auf 5,32 Mio. gesteigert. Gleichzeitig hat die Regierung in den vergangenen Jahren die für festlandchinesische Touristen möglichen ausländischen Reiseziele kontinuierlich erweitert. Im Mai trat mit amtlicher Genehmigung Südkorea als siebtes für festlandchinesische Touristen zu besuchendes Land zu den bislang von der Regierung in Beijing genehmigten Tourismusländern Thailand, Singapur, Malaysia, Philippinen, Australien und Neuseeland hinzu. (XNA, 15. u. 21.05.98) -ho-

---



---

## Binnenwirtschaft

---



---

### 21 Erneute Wirtschaftsschwächung im April

Die Gefahren, die einer Realisierung des von der Regierung für dieses Jahr anvisierten Wachstums des Bruttoinlandsprodukts von 8% entgegenstehen, mehren sich. Im April sackte die Wachstumsrate im Export auf 7,9%

im Vorjahresvergleich ab. Im März hatte das Exportwachstum Chinas noch 9,2% betragen. Das Exportwachstum der Monate Januar-April 1998 betrug 11,6%. In den ersten vier Monaten des Jahres 1997 hatte das Exportwachstum noch bei 26,9% gelegen. Auch die Auftragseingänge im Exportsektor verzeichneten nach Aussagen eines Vertreters des Außenhandelsministeriums einen rapiden Verfall im ersten Quartal dieses Jahres, so daß mit weiteren Wachstumsrückgängen im Export für das laufende Jahr zu rechnen ist. Angesichts der in den vergangenen Jahren erzielten Exportzuwächse bieten die jüngsten Zahlen durchaus erheblichen Anlaß zur Besorgnis. Die auf den Währungsverfall in zahlreichen asiatischen Ländern zurückgehende Exportentwicklung kongruiert darüber hinaus mit der Entwicklung weiterer ökonomischer Eckdaten. Zusammen stellen diese ein beachtliches Gefährdungspotential für das für dieses Jahr anvisierte Wirtschaftswachstum von 8% dar. Chinas stellvertretende Ministerpräsidentin Wu Yi verlieh ihrer Besorgnis über die jüngsten makroökonomischen Daten Ausdruck, indem sie diese Entwicklungen als Gefahr für das diesjährige Wachstumsziel und darüber hinaus auch für Chinas wirtschaftliche Öffnungspolitik im Ganzen bezeichnete. (FAZ, 23.05.98; IHT, 14.05.98; NfA, 12.05.98; SCMP, 22.05.98)

Der jüngste Einbruch beim Wachstum der Direktinvestitionen, die bereits seit längerer Zeit schwache Binnen nachfrage, die wachsende Arbeitslosigkeit, der durch die asiatische Finanzkrise verteuerte Yuan und das sich abschwächende Wachstum bei den Anlageinvestitionen sind weitere makroökonomische Indikatoren, deren Entwicklung das von der neuen Regierung im März verkündete BIP-Wachstum von 8% gefährden könnten. Nach Expertenmeinung kann die VR China ein Wirtschaftswachstum von 8% nur dann erreichen, wenn das Wachstum der Anlageinvestitionen mindestens 15% pro Jahr beträgt. Im ersten Quartal dieses Jahres betrug das Anlageinvestitionswachstum jedoch lediglich 10,3%. Um das Wachstum der Anlageinvestitionen zu beschleunigen, hat die Regierung noch für dieses Jahr eine erhebliche Erweiterung der staatlichen Infrastrukturinvestitionen angekündigt. Mit dem für die kommenden drei Jahre angesetzten 750 Mrd. US\$ schweren Investitionspaket und der zugleich von staatlicher Seite an die Banken ergangenen Aufforderungen, ihr Kreditvolumen zu erweitern, sollen nach Aussagen eines Vertreters

des staatlichen Statistikamtes die erforderlichen 15% Anlageinvestitionswachstum erreicht werden. Bei zahlreichen Experten trifft die Größenordnung des staatlichen Investitionsprogramms allerdings auf erhebliche Skepsis. Angesichts der Tatsache, daß sich die in den zurückliegenden 20 Jahren realisierten ausländischen Investitionen in China auf eine Gesamtsumme von 217 Mrd. US\$ belaufen und die gesamten Staatsausgaben des Jahres 1997 einer Summe von 122,5 Mrd. US\$ entsprechen, halten viele Ökonomen das zu Beginn dieses Jahres verkündete staatliche Infrastrukturprogramm von 750 Mrd. US\$ für reichlich unrealistisch. Auch der Aufruf an die Banken zur Erweiterung ihres Kreditvolumens fiel nach den jüngst veröffentlichten Daten bislang nicht auf fruchtbaren Boden. Im ersten Quartal dieses Jahres sank die Kreditvergabe der Geschäftsbanken an die Industrie um 30,5 Mrd. Yuan. Nach Aussagen eines Vertreters der Zentralbank sei dieser Rückgang auf das sich verlangsamende Wachstum der Industrieproduktion sowie auf die Diversifizierung der Finanzierungsinstrumente, die den Unternehmen zur Verfügung ständen, zurückzuführen. Dementsprechend wurden im Mai von offizieller Seite erneut Rufe nach einer Senkung der Leitzinssätze durch die Zentralbank laut, um die Nachfrage nach Krediten steigern zu können. (AWSJ, 30.05.98; FAZ, 01.04.98; NZZ, 27.04.98; XNA, 24.05.98)

Eine erneute Senkung der Leitzinssätze wäre die fünfte in Folge seit der ersten Senkung im Mai 1996. Zuletzt hatte die Zentralbank die Zinssätze im März dieses Jahres gesenkt. Festlandsökonom halten angesichts des erneuten Verfalls beim Preisaufrtrieb und der schwachen Binnenkonjunktur eine weitere Reduktion um 0,25 bis 0,5 Prozentpunkte für möglich. Der Verbraucherpreisindex ist in den Monaten Januar bis April gegenüber dem Vorjahr lediglich um 0,1% gestiegen. Die Einzelhandelspreise gingen im selben Zeitraum sogar um 1,9% im Vorjahresvergleich zurück. (AWSJ, 12.05.98; SCMP, 28.05.98)

Das Wachstum der Industrieproduktion verlangsamte sich in den ersten vier Monaten 1998 um 3,5% gegenüber der selben Vorjahresperiode auf 7,9%. Im ersten Quartal dieses Jahres hatte das Wachstum des industriellen Outputs noch bei 8,2% gelegen. Nach Angaben des staatlichen Statistikamtes sind die Gewinne der chinesischen Industrie im ersten Quartal 1998 um 58% zurückgegangen.

Insgesamt betrug das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts im ersten Quartal 1998 7,2%. (AWSJ, 30.05.98; SCMP, 12.05.98; XNA, 20.05.98)

Sollte das diesjährige Wachstumsziel von 8% nicht erreicht werden, bedeutet dies auch eine Gefährdung der Schaffung einer ausreichenden Zahl von neuen Arbeitsplätzen für die durch die Reform der Staatsbetriebe freiwerdenden Arbeitskräfte. Nach Ansicht ausländischer wie inländischer Ökonomen ist dafür mindestens ein 8%iges Wirtschaftswachstum jährlich erforderlich. Auch wenn viele chinesische Politiker angesichts der momentanen Lage unentwegt Optimismus über die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung Chinas verbreiten, bieten die jüngsten Daten nach Meinung unabhängiger inländischer wie ausländischer Experten durchaus Anlaß zur Besorgnis. Offensichtlich hinterläßt die Finanzkrise in Asien auch in Chinas Volkswirtschaft deutlichere Spuren als zunächst für möglich gehalten. (AWSJ, 20.05.98; NZZ, 27.04.98; XNA, 09.05.98) -ho-

## 22 Nationale Konferenz zur Beschäftigungsfrage

Die Besorgnis in Chinas politischer Führung über die steigende Zahl der Arbeitslosen wächst. Dies wurde während einer Mitte Mai abgehaltenen nationalen Beschäftigungskonferenz auf höchster Partei- und Regierungsebene in Beijing deutlich. Veranstalter und Teilnehmer der dreitägigen Konferenz waren das ZK der KP Chinas und der Staatsrat.

Staatspräsident Jiang Zemin forderte auf der Konferenz sämtliche politischen Führungskräfte des Landes auf, der Lösung des Beschäftigungsproblems oberste Priorität einzuräumen. Auch Ministerpräsident Zhu Rongji forderte von den Behörden des Landes äußerste Anstrengungen zur Bewältigung der wachsenden Arbeitslosigkeit. Präsident Jiang bezeichnete die Beschäftigungslage als außergewöhnliche Herausforderung und als erst-rangige wirtschaftliche und politische Reformaufgabe. Ihre Lösung sei für die Zukunft der Nation von strategischer Bedeutung. (NfA, 10.5.98; XNA, 15./18.5.98)

Jiang und Zhu versicherten, daß jedem Arbeitslosen eine Mindestsicherung zustehe, die zu je einem Drittel von der Regierung (aus Mitteln der Zentralregierung wie der örtlichen Regierungen), von Unternehmen sowie aus den in den letzten Jahren aufge-

bauten Sozialfonds finanziert werde. Jiang ordnete an, daß alle Unternehmen vor der Entlassung von Arbeitskräften konkrete Vorschläge für die soziale Absicherung und Wiederbeschäftigung der Betroffenen – eine Art „Sozialplan“ also – vorlegen müssen.

Nachdrücklich wies Jiang auf die Schlüsselrolle der jahrelang von der chinesischen Regierung vernachlässigten kleinen und mittleren Privatunternehmen in der Linderung der Beschäftigungskrise hin. Kleine und mittlere Unternehmen sollen nun von den Regierungsstellen auf allen Ebenen aktiv „unterstützt und geschützt“ werden. Freigesetzte Arbeitskräfte sollen ermuntert werden, in der Privatwirtschaft und im Dienstleistungssektor neue Arbeit aufzunehmen. (XNA, 15.5.1998)

Zugleich zeigte sich Jiang Zemin aber zuversichtlich, die „kurzfristigen Schwierigkeiten“ zu bewältigen. Schließlich habe die chinesische Wirtschaft in den nun fast zwanzig Jahren der Reformpolitik mehr als 250 Mio. neue Arbeitsplätze außerhalb des landwirtschaftlichen Sektors geschaffen. Die binnenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen seien insgesamt weiterhin günstig.

Das Ministerium für Arbeit und soziale Sicherheit hat Ausgaben in Höhe von 2-3 Mrd. RMB Yuan für die Mindestsicherung und Neuqualifizierung freigesetzter Arbeitskräfte im Staatssektor vorgesehen. Auch die Provinzregierungen wurden von Zhu Rongji dazu verpflichtet, entsprechende Mittel in ihren Haushalten bereitzustellen. In allen Städten Chinas sollen Stellen eingerichtet werden, die für Beschäftigungsvermittlung und soziale Mindestsicherung der Arbeitslosen verantwortlich sind. Außerdem rief Zhu dazu auf, die Rückstände von Lohn- und Pensionszahlungen in vielen Staatsunternehmen umgehend auszugleichen. (SCMP, 18.-20.5.1998)

Durch die auf dem Parteitag im September 1997 beschlossene Reform der Staatsbetriebe werden in den kommenden Jahren Millionen von Angestellten und Arbeitern ihre Arbeitsplätze verlieren. Beispielsweise plant die staatliche Eisenbahngesellschaft, in den nächsten drei Jahren 1,1 Mio. ihrer Beschäftigten zu entlassen. Diese Zahl entspricht 40% des momentanen Beschäftigungsstandes der staatlichen Eisenbahn. In Chinas Textilindustrie wurden allein im ersten Quartal dieses Jahres nach kürzlich veröffentlichten Angaben 240.000 Arbeitskräfte entlassen. Ende 1997 wa-

ren nach offiziellen Angaben 11,5 Mio. Menschen in China als arbeitslos gemeldet. Die offizielle Arbeitslosenquote in Chinas Städten beträgt gegenwärtig ca. 3%. Die tatsächliche Arbeitslosenquote wird weitaus höher liegen. (NfA, 19.05.98; Xinhua, 14.05.98; XNA, 27.05.98)

Ende 1997 betrug die Anzahl der Beschäftigten in staatlichen Betrieben 75 Mio., die Anzahl der in Regierungsinstitutionen Beschäftigten 8 Mio. In den kommenden drei Jahren soll der Beschäftigungsstand in den staatlichen Betrieben auf etwa 45 Mio. reduziert werden. Für die Regierungsorgane ist eine Halbierung des Beschäftigungsstandes geplant. Infolge dieser Maßnahmen müßten etwa 34 Mio. Arbeitskräfte des staatlichen Sektors eine neue Beschäftigung finden. (AWSJ, 06.05.98) -ho-/-hei-

### 23 Wachsende Einkommensdifferenzen

Die Einkommensunterschiede zwischen den sozial schwachen Gesellschaftsschichten und den wohlhabenden Kreisen in der VR China vergrößern sich zunehmend. Nach einem Bericht der Nachrichtenagentur Xinhua ist der Gini-Koeffizient, ein international gebräuchlicher Index zur Messung von Einkommensdisparitäten, in der VR China im vergangenen Jahr erneut gestiegen. Gegenwärtig übersteigt nach Angaben des staatlichen Statistikamtes das durchschnittliche Einkommen der wohlhabendsten Gesellschaftsschichten das der ärmsten Schichten um mehr als das Vierfache. 1985 betrug dieser Unterschied noch das 2,3fache. Bis 1990 hatte sich diese Einkommensdisparität lediglich auf das 2,9fache vergrößert. Einige Experten erwarten für das Jahr 2010 ein Verfünffachen des durchschnittlichen Einkommensunterschiedes zwischen den Ärmsten und Wohlhabendsten. (XNA, 25.05.98)

Der Einkommenszuwachs der städtischen Haushalte hat sich im ersten Quartal dieses Jahres erneut beschleunigt. Die Wachstumsrate lag um ca. 3% höher als die Wachstumsrate des Vorjahresquartals. Bei den ländlichen Haushalten hat sich hingegen die jährliche Wachstumsrate der Einkommen von 9% im Jahre 1996 auf 4,6% Wachstum 1997 verlangsamt. Offensichtlich vergrößern sich die Einkommensdisparitäten nicht nur zwischen den armen und reichen Gesellschaftsschichten, sondern ebenso zwischen städtischen und ländlichen

Haushalten. In diesem Zusammenhang stehen wohl auch die gegenwärtigen Bemühungen der Regierung, die Einkommen der ländlichen Haushalte durch strukturpolitische Maßnahmen wie Verbesserung der ländlichen Infrastruktur und Ansiedlung von Industriebetrieben in agrarisch geprägten Regionen zu erhöhen. Zugleich erhofft sich die Regierung mit diesen Maßnahmen, die massive Abwanderung der ländlichen Bevölkerung in die Städte reduzieren zu können. Die seit Beginn der wirtschaftlichen Reformpolitik stetig wachsende Migration der ländlichen Bevölkerung in die städtischen Metropolen ist nicht zuletzt eine Folge der wachsenden Einkommensdisparitäten zwischen Stadt und Land. Allerdings hat sich in der jüngsten Vergangenheit der Exodus der Landbevölkerung aufgrund der zunehmenden Arbeitslosigkeit in den Städten abgeschwächt. (XNA, 19.05.98 u. 23.05.98)

Die regionalen Einkommensdisparitäten beeinflussen ebenfalls die Migration innerhalb Chinas. Während das monatliche Durchschnittseinkommen der städtischen Einwohner in den östlichen Regionen Chinas gegenwärtig 1.880 Yuan beträgt, belaufen sich die Durchschnittseinkommen der Stadtbewohner der westlichen und zentralen Regionen auf 1.321 Yuan bzw. 1.240 Yuan. (XNA, 19.05.98) -ho-

### 24 Immobilienmarkt im Aufschwung

Nach mehr als einjähriger wirtschaftlicher Flaute vermehren sich gegenwärtig die Anzeichen für einen Aufschwung auf Chinas Immobilienmarkt. Im Mai veröffentlichte das Statistikamt in einem Bericht zum inländischen Immobilienmarkt Daten, nach denen der Geschäftsklimaindex für den inländischen Immobiliensektor im März dieses Jahres den höchsten Wert der zurückliegenden 13 Monate erreichte. Im Vorjahresvergleich lag der Index im März 1998 um 1,54 Punkte über dem Wert des Monats März 1997. Im Frühjahr 1997 hatte sich die Konjunktur auf dem in den vorangegangenen Jahren stark überhitzten Immobilienmarkt deutlich abgekühlt. Seit 1995 fielen die Mieten und Kaufpreise landesweit zwischen 7 und 20%. Das Statistikamt, das die jüngste Entwicklung als deutliches Anzeichen für eine konjunkturelle Belebung des Immobilienmarktes bewertet, prognostiziert in seinem Bericht eine weitere Verbesserung des Geschäftsklimaindex für das laufende Jahr. Zugleich

führt der Bericht des Statistikamtes aus, daß die Investitionen im Immobiliensektor im ersten Quartal 1998 um 9,3% gegenüber dem Vorjahresquartal gestiegen sind. Den gegenwärtigen Aufschwung führt der Bericht vor allem auf die enorm gestiegenen staatlichen Wohnungsbauminvestitionen zurück. (HB, 30.05.98; XNA, 05.05.98)

Die Regierung betrachtet die Revitalisierung des Immobilienmarktes mittels staatlicher Wohnungsbauminvestitionen als wichtige Stütze zur Sicherstellung des für 1998 anvisierten Wirtschaftswachstums von 8%. Nach einem Bericht der in Hongkong erscheinenden Zeitung *Ming Bao* beabsichtigte die Regierung in Beijing noch im Mai, eine nationale Konferenz auf höchster Führungsebene zur Neuformulierung der staatlichen Wohnungsbaupolitik durchzuführen. Ein konkreter Zeitplan für diese Konferenz lag nach diesem Bericht jedoch noch nicht vor. Allein die Absicht, eine derartige Konferenz durchzuführen, verdeutlicht die Bedeutung, die die Regierung der Belebung und Liberalisierung des Immobilienmarktes für das zukünftige wirtschaftliche Wachstum Chinas beimißt. (SWB FE/D3225/CNS 13.05.98)

Bereits 1996 hatte die Regierung erklärt, daß ein funktionierender Wohnungsmarkt nach ihrer Ansicht eine wichtige Voraussetzung für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung Chinas darstellt. Kurz nach seinem Regierungsantritt griff der neugewählte chinesische Ministerpräsident Zhu Rongji dieses Thema erneut auf, indem er im Frühjahr dieses Jahres die wirtschaftliche Bedeutung der Reform des Wohnungsmarktes hervorhob. (Vgl. dazu *Ost-West-Contact*, Nr. 5/1998, SS. 36-37)

Die Reform des Immobiliensektors soll in drei Schritten vollzogen werden. Erstens beabsichtigt die Regierung, die staatliche Wohnungs- und Hauszuteilung abzuschaffen. Zweitens soll landesweit ein Sekundärmarkt für Immobilien errichtet werden, und drittens sollen die Qualitätsstandards im Wohnungsbau deutlich angehoben werden.

Bereits in den ersten vier Monaten dieses Jahres liegen die staatlichen Investitionen im Immobiliensektor mit einer Gesamtsumme von 52,1 Mrd. Yuan um 12,7% über den Investitionen der entsprechenden Vorjahresperiode. Im April dieses Jahres übertrafen die staatlichen Investitionen die Investitionen des Vorjahresmonats sogar um beinahe 20%. Zugleich veröffentlichte die Zentralbank im Mai

neue Richtlinien für die Geschäftsbanken zur Vergabe von Hypothekarkrediten an Privatpersonen, die die Möglichkeit zur Vergabe von Hypothekarkrediten auf nahezu alle inländischen Geschäftsbanken ausdehnen und den Rahmen, innerhalb dessen die Vergabe von derartigen Krediten insbesondere an Privatpersonen möglich ist, erweitern. Außerdem wies die Zentralbank die Geschäftsbanken an, nicht weniger als 15% ihres für dieses Jahr geplanten Kreditvolumens in Hypothekarkredite an Privatpersonen zu kanalisieren. Die Geschäftsbanken kündigten an, dieses Jahr insgesamt mehr als 100 Mrd. Yuan für Hypothekarkredite zur Verfügung zu stellen. Diese Maßnahmen sind deutlicher Ausdruck des Bemühens der Regierung, durch eine Deregulierung des Immobilienmarktes und verstärkte Wohnungsbauminvestitionen das für dieses Jahr anvisierte Wirtschaftswachstum von 8% zu realisieren (FT, 26.05.98; SCMP, 29.05.98; XNA, 07.05.98 u. 02.06.98)

In zahlreichen Großstädten soll bereits dieses Jahr mit einem Abbau der staatlich subventionierten Mietpreise für Privatwohnungen begonnen werden. Schrittweise sollen die Mietpreise den tatsächlichen Marktgegebenheiten angeglichen werden. Da sich die Durchschnittseinkommen von Stadtbewohnern in China gegenwärtig immer noch auf vergleichsweise niedrigem Niveau bewegen und somit viele Mieter nicht über das zum Wohnungskauf erforderliche Eigenkapital verfügen, stellt die Finanzierung des Wohnungs- oder Hauskaufs über Hypotheken das entscheidende Finanzierungsmittel dar. Außerdem sollen die Wohnungseigentümer Finanzierungsbeihilfen von ihren Arbeitseinheiten und Betrieben erhalten. (SCMP, 29.05.98; XNA, 07.05.98)

In der nordchinesischen Metropole Tianjin besitzen nach einem Bericht der Nachrichtenagentur Xinhua bereits 550.000 Privathaushalte der 9 Mio. Einwohner zählenden Stadt Wohnungseigentum. Von den 550.000 Haushalten erwarben 227.000 Haushalte staatliches Wohnungseigentum. Die verbleibenden 323.000 Haushalte erwarben ihre Eigentumswohnungen oder Häuser auf dem freien Markt. (XNA, 23.05.98)

Trotz der Anfangserfolge, die die gegenwärtige Deregulierungspolitik im Immobiliensektor aufweisen kann, wird die schrittweise Abschaffung der künstlich regulierten Mietpreise für viele städtische Privathaushalte eine zusätzliche finanzielle Belastung darstellen. Während der Mieter bis-

lang lediglich 4% seines Einkommens für die Miete aufwenden mußte, erwarten Fachleute bald einen Anstieg auf mindestens 15%. Fraglich bleibt außerdem, ob die zum größten Teil mit staatlicher Hilfe vollzogene Ankurbelung des Immobiliensektors auf eine nachhaltig wachsende Nachfrage nach privatem Wohnungseigentum von seiten der Verbraucher treffen wird. Denn nur dann kann die momentane staatliche Investitionspolitik nachhaltige Impulse auf die konjunkturelle Entwicklung auslösen. (HB, 30.05.98) -ho-

---



---

## SVR Hongkong

---



---

### 25 Starke Zunahme der Korruptionsanzeigen im öffentlichen und privaten Sektor

Nach Angaben der Hongkonger Unabhängigen Anti-Korruptionskommission (Independent Commission Against Corruption/ICAC) hat die Zahl der Anzeigen von Behördenkorruption in den ersten vier Monaten dieses Jahres im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 45% zugenommen. Auch die Zahl der Beschwerden über Korruption im Privatsektor stieg um 8%. (RTHK Radio 3, Hongkong, 21.5.1998, nach SWB, 23.5.1998)

Die Leiterin der Anti-Korruptionskommission, Lily Yam, erklärt diese deutliche Zunahme durch zwei Faktoren: Aufgrund der Intensivierung der Korruptionsermittlungen durch die ICAC seit dem letzten Jahr und der Aufdeckung einiger spektakulärer Fälle seien, wie schon frühere Erfahrungen gezeigt hätten, viele Hongkonger Bürger zu einer Anzeige motiviert worden. Darüber hinaus trügen die wachsende Zahl der Unternehmenskonkurse und die damit einhergehenden Offenlegungspflichten zur Aufdeckung vieler bislang veruschter Korruptionsvergehen bei.

Die Leiterin der ICAC machte keine Angaben darüber, inwieweit der Souveränitätswechsel 1997 zu einer realen Zunahme der Korruptionsvergehen im öffentlichen und privaten Sektor geführt haben könnte. -hei-